der Linksblätter, steht nun vor dem Richter, der sie höflich mit Fräulein Neumann anredet, und erzählt kaltblütig, wie man von einer Alltäglichkeit berichtet: „Wir wollten ihn tot machen und nachher beerben", und: „Nun ja, wenn die beiden nicht gekommen wären, hätte ich selbst die Axt genommen und ihn allein tot gemacht." Dabei schaut sie nachlässig auf ihre Fingernägel, kokettiert mit dem Zuschauerraum, lutscht vergnügt Zuckerzeug, bietet ihrem Verteidiger davon an und fühlt sich sichtbar als Hauptperson. Immer in dem Bewußtsein: „Was kann mir schon passieren, höchstens Fürsorgeerziehung." Wo also liegt die Tragödie? Bei jener Sensationsberichterstattung der Linkspresse, die Verbrecher entschuldigt, sie zu Helden stempelt, die zukünftige Verbrecher von der Milde unterrichtet, mit der man heute gegen sie vorzugehen pflegt, die die Arbeitsscheuen als Opfer der sozialen Not hinstellt und sonst tausend Entschuldigungen von mißverstandenen Auslegungen der modernen Psychoanalyse bis zu verdrängten Komplexen und ähnlichen Narreteien vorzubringen weiß und die Verbrecher obendrein als Märtyrer in Großaufnahme in ihren illustrierten Blättern der Oeffentlichkeit vorzustellen pflegt. Schuld trägt schließlich auch jenes Publikum aus der sogenannten „feinen" Welt, das durch seine Autoauffahrt in Moabit solche Mordprozesse zu einem Ereignis gestaltet, genau so wie es am Abend vor der kommunistischen Piskatorbühne in Frack und Diamanten auffährt. Sensationsgier, Blasiertheit und ein verlogener Mißbrauch der Not der Zeit für Parteizwecke sind die Ursache dafür, daß das Aufsteigen einiger Sumpfblasen aus der Unterwelt des Verbrechertums zu wichtigen Zeitproblemen aufgebauscht wird und — das ist das Tragische — erneut haltlose Jugendliche in den Strudel des Verbrechens reißt.

Volksparteiliche Warnung an Dietrich

Unbedingtes Festhalten an den Sparforderungen

Berlin, 30. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei setzte am Freitag ihre Verhandlungen fort und teilt darüber folgendes mit: **Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich mit der Finanzlage des Reiches. Die Auffassung der Fraktion über die Unrichtigkeit der Etatsansätze in den Einnahmen und die nicht genügende Bewertung des Niederganges der Konjunktur ist inzwischen durch die Ausführungen des Reichsfinanzministers im Haushaltausschuß ausdrücklich bestätigt worden. Da gleichwohl der Reichsfinanzminister bis jetzt keine Anstalten getroffen hat, den Reichshaushalt durch die in dem Antrag der Deutschen Volkspartei geforderten Ersparnisse von mindestens 300 Millionen Mark vor der von ihm selbst zugestandenen Gefahr zu schützen, hat die Reichstagsfraktion ihren Vorsitzenden beauftragt, dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Fraktion mit aller Entschiedenheit auf ihrer Forderung beharren müsse. Die Fraktion wird in einer weiteren Sitzung beim Zusammentritt des Reichstages zu dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Reichskanzler Stellung nehmen.**

Zu dieser parteioffiziösen Mitteilung drahtet unsere Berliner Schriftleitung noch folgendes:

Die Frage, was die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei damit bezweckt, daß sie in so scharfer Tonart vorstößt, hat naturgemäß in den politischen Kreisen Berlins einiges Kopfzerbrechen ausgelöst. Man hat, anscheinend nicht zuletzt auch im Reichsfinanzministerium, offenbar nicht erwartet, daß die Volkspartei ihre ja schon seit längerer Zeit bekannte Forderung auf weitere Ersparnisse am Etat mit solcher Schärfe vertreten würde. Vielleicht hätte die Volkspartei das auch nicht getan,

wenn nicht Reichsfinanzminister Dietrich durch sein Verhalten in der letzten Zeit die der Deutschen Volkspartei nahestehenden Wirtschaftskreise einigermaßen verschnupft hätte.

Schon die Pläne zur Behebung der Arbeitslosigkeit, die Dietrich vor kurzem vor seinen süddeutschen Wählern entwickelt hatte und über die man selbst innerhalb des Reichskabinetts zur Tagesordnung überging, hatten die Sympathien für den Reichsfinanzminister etwas gemindert. Dazu kam noch, daß Dietrich in den jüngsten Beratungen des Haushaltausschusses des Reichstages selbst zugeben mußte, daß der Etat für das Jahr 1931 nicht mit der erforderlichen großen Sorgfalt und bis ins kleinste gehenden Genauigkeit aufgestellt worden ist.

Die Frage, die man vielfach erörtert hat, ob die Deutsche Volkspartei etwa den Finanzminister Dietrich stürzen wolle, läßt sich nach dem, was man aus volksparteilichen Kreisen hört, zunächst wenigstens noch verneinen.

Der Deutschen Volkspartei kommt es danach lediglich darauf an, daß man jetzt, wo man in der Wirtschaft oft nicht weiß, woher man die Gelder für die drückenden Steuerlasten nehmen soll, bei der Berechnung der Summen, die für den Etat angefordert werden, die denkbar größte Sparsamkeit walten läßt und vor allem auch in Betracht zieht, daß in Zeiten so schwerer Depression nicht mit Eingang von Steuern gerechnet werden darf, die einfach nicht aufkommen können.

Das Reichsfinanzministerium soll nach den volksparteilichen Wünschen mit jener Methode der „Großzügigkeit" in der Aufstellung von Etatsberechnungen brechen, die noch aus der sozialdemokratischen Aera stammt,

wo man Finanzpolitik ohne Rücksicht auf die gegebenen Realitäten machte und sich an jedem Ultimo gründlich blamierte. Unverkennbar spielt bei der Einstellung der Volkspartei auch die Auffassung eine Rolle, daß der Etat am Ende fruchtloser Debatten doch auf dem Notverordnungswege wird in Kraft gesetzt werden müssen. Da wünscht man es zu verhindern, daß dem Volke und der Wirtschaft ein Etat „aufgebrummt" wird, der nach Meinung der Volkspartei sich in etwas engeren Grenzen halten kann. Zudem ist die ganze Angelegenheit der weiteren Streichungen am Etat, nachdem der Reichsfinanzminister diese Einsparungswünsche glaubte, nicht recht ernst nehmen zu brauchen, nunmehr für die Volkspartei auch eine Art Prestigefrage geworden, und man will es sich nicht bieten lassen, daß sich Dr. Dietrich über Forderungen von Regierungsparteien, die ihm wenig bequem sind, einfach hinwegsetzt.

Eine Kabinettskrise will die Volkspartei, wie man versichert, nicht herbeiführen.

Ihr Protest richte sich auch nicht gegen den Reichskanzler Dr. Brüning, von dem sie vielmehr erwarte, daß es seinem Einfluß gelingen werde, den Reichsfinanzminister dazu zu bewegen, den volksparteilichen Wünschen eine größere Beachtung zu schenken. Selbstverständlich wird sich Dr. Brüning bemühen, zu verhüten, daß sich aus einem Zustand, der zunächst nur eine starke Verärgerung darstellt, ein Feuer entfacht, in dem sein Kabinett unter Umständen ein Raub der Flammen werden könnte. Er wird daher schon in kürzester Frist mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, eine weitere Unterhaltung haben. Eigentliche Verhandlungen mit der Volkspartei und den übrigen Regierungsparteien über die Frage, wie nun die von der Volkspartei gewünschten weiteren Ersparnisse in Höhe von 300 bis 400 Millionen Mark praktisch vorgenommen werden können, dürften erst beim Beginn der Reichstagssitzungen erfolgen. Interessant ist auch noch, daß man in den dem Reichsfinanzminister Dietrich nahestehenden Kreisen glaubt,

die Volkspartei zurecht setzen zu müssen.

Mit solchen „taktischen Künsten", wie sie sie jetzt übe, würde sie weder auf die Regierung, noch auf die anderen Fraktionen großen Eindruck ausüben. Als besonderer Trumpf wird die „Information" ausgespielt, daß Dr. Curtius gestern seiner Fraktion erklärt hätte, er lasse sich darüber, ob er bei Zuspitzungen im Kabinett verbleibe oder nicht, von den vorgesetzten Parteiinstanzen keine Vorschriften machen. Diese Angabe wird aber von volksparteilicher Seite als unzutreffend zurückgewiesen. Dr. Curtius hätte, so erklärt man, gar keinen Anlaß gehabt, in der gestrigen Fraktionssitzung Beteuerungen dieser Art abzugeben. Im Grunde genommen zeigt auch das alles nur, wie wenig einheitlich die Front der Parteien ist, auf die sich das Kabinett Brüning stützt.

Die Osthilfe-Besprechungen

Berlin, 30. Jan. Wie wir erfahren, wird sich das Reichskabinett Sonnabendvormittag mit der Osthilfe beschäftigen. Heute nachmittag fand in der Reichskanzlei über diese Frage eine eingehende Besprechung statt, an der die Oststelle, das Reichsfinanzministerium, das Reichsernährungsministerium und eine Reihe von Persönlichkeiten der Industrie und der Landwirtschaft, wie Dr. Silverberg, Geheimrat Kastl und v. Sitzewitz, teilnahmen. Aus der Anwesenheit dieser Persönlichkeiten schließt man in politischen Kreisen, daß es sich vornehmlich um die Frage handelt, in welcher Form sich der Vorschlag einer Heranziehung der Industrie für die Osthilfe am zweckmäßigsten verwirklichen läßt.

Der Vermahlungszwang für Inlandsweizen

Berlin, 30. Jan. Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurden vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages die vorgesehenen Vermahlungszwangsquoten genehmigt, d. h. in den Monaten Februar und März sind je 75 Prozent, in den Monaten April und Mai je 65 Prozent und in den Monaten Juni und Juli je 50 Prozent Inlandsweizen zu vermahlen.

Die Strafverfahren gegen Nationalsozialisten

Berlin, 30. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit nationalsozialistischen Anträgen, in denen die Einstellung der gegen eine Reihe von Abgeordneten schwebenden Strafverfahren verlangt wird. Ein Antrag, das gegen den Abgeordneten Dr. Löpelmann beim Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg schwebende Disziplinarverfahren einzustellen, wurde abgelehnt. Ebenso lehnte der Ausschuß die Einstellung des gegen den Abgeordneten Willikens beim Amtsgericht Hannover schwebenden Strafverfahrens wegen Beleidigung ab. Endlich wurde die Aufhebung des gegen den Abgeordneten Telschow beim Amtsgericht Harburg schwebenden Privatklageverfahrens wegen Beleidigung abgelehnt. Eine Reihe von Fällen erledigt sich dadurch, daß vom Gericht bereits die Einstellung des Verfahrens beschlossen worden ist. Einige weitere Fälle wurden vom Ausschuß zurückgestellt.

Dr. Goebbels über das Recht der Opposition

Kundgebung im Berliner Sportpalast

Berlin, 31. Jan. In einer nationalsozialistischen Kundgebung im Berliner Sportpalast sprach am Freitagabend vor 15 000 Personen Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels über das Thema „Wer sind die Katastrophenpolitiker?". Er erklärte, daß es nicht wundernehmen könne, wenn die Regierung nervös zu werden beginne angesichts der Tatsache, daß sich die Prophezeiungen, die sie an die Annahme des Youngplanes geknüpft habe, in das gerade Gegenteil verkehrt hätten. Das Volk werde heute zu einem Opfergang gezwungen, zu dem man in ähnlichem Ausmaß niemals eine Nation gezwungen habe. Von dieser Regierung könne das Volk allerdings nicht einen Weg aus der dunklen Gegenwart in eine bessere Zukunft erwarten. Die Erfüllungspolitik habe Deutschland in ein Trümmerfeld verwandelt. Wie könne man für die Katastrophe der Republik die Opposition verantwortlich machen, die seit 1918 noch nicht in der Regierung gesessen habe? Katastrophenpolitiker sei der, der sie eingeleitet habe.

Wenn das Ausland die Kredite zu kündigen beginne, so sei das die Folge einer gewissenlosen Verdrehungs- und Verhetzungspolitik, die das Ausland über das Wesen des Nationalsozialismus irre geführt habe.

Die Kreditfähigkeit hätten die vernichtet, die die Korruption straflos gelassen hätten. Bis zum heutigen Tage sei der Kanzler seine angekündigten Enthüllungen über den Nationalsozialismus schuldig geblieben. Kritik sei das gute Recht der Opposition. Wenn das Volk der nationalsozialistischen Parole folge, so sei das ein Beweis, daß die Kritik berechtigt sei.

Solange man der nationalsozialistischen Bewegung die Macht verweigere, habe sie auch das Recht, Opposition zu betreiben.

Regierungsfähig sei immer der, der die Macht zu erobern verstehe. Unter stürmischem Beifall erklärte der Redner, die nationalsozialistische Bewegung sei legal, aber nur im Weg, nicht im Ziel, denn was sie, an die Macht gelangt, mit der Macht anfange, sei dann Sache des Volkes. Wenn das Volk einmal Abrechnung wolle, so werde sich der Nationalsozialismus nicht unter Bruch der Verfassung diesem Willen widersetzen.

Opfer der Tabaksteuer

Berlin, 30. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Durch die am 1. Januar in Kraft getretene Tabaksteuernotverordnung sind 86 Zigarrenfabriken stillgelegt worden, wodurch beispielsweise im Arbeitsamtsbezirk Kassel 6200, im Arbeitsamtsbezirk Eichsfeld 4800, im Arbeitsamtsbezirk Mühlhausen in Thüringen 3400 Tabakarbeiter entlassen worden sind, so daß fast 15 000 Tabakarbeiter neuerdings die Arbeit einstellen mußten. Diese Vermehrung der Arbeitslosenzahl durch die Tabaksteuernotverordnung war vorauszusehen und trifft nun auch prompt ein. Auf der anderen Seite hat bekanntlich der Reichsarbeitsminister Dietrich es für fraglich erklärt, ob durch die erhöhte Tabaksteuer merklich größere Steuererträge erzielt würden. Das dürfte angesichts der Fabrikstillegungen, die sich jetzt in ganz bedenklicher Weise häufen, kaum der Fall sein.

Der Braunkohlen-Manteltarif verlängert

Halle a. d. Saale, 30. Jan. Im Manteltarifstreit der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie fand heute in Leipzig Verhandlung vor dem Sonderschlichter statt. Zwischen den beiden Parteien wurde vereinbart, den Manteltarif unverändert zu verlängern. Er kann erstmalig am 31. August d. J. gekündigt werden.

Beweisaufnahme im Mordprozeß Ulbrich

Die Aussagen der Mordkommission

Berlin, 30. Jan. In der Nachmittagssitzung des Mordprozesses Ulbrich schilderte Kriminalkommissar Thomas, wie man Ulbrich tot aufgefunden habe. Luise Neumann habe nach ihrer Festnahme ein umfassendes Geständnis abgelegt. Auch Stolpe habe gleich bei seiner Vernehmung gestanden. Ebenso habe Benzinger alles zugegeben.

Die Tat habe sich als ein gemeinsam geplanter Mord dargestellt.

Eine ähnliche Darstellung gab der zweite Beamte der Mordkommission, Kriminalsekretär Smetton, der auch den Eindruck hatte, daß die drei Angeklagten von vornherein auf einen Mord durch Erwürgen ausgegangen seien. Da Luise Neumann diesem Zeugen genaue Schilderungen ihrer Beziehungen zu dem Uhrmacher gegeben hat, wird der Kriminalbeamte morgen früh in nichtöffentlicher Sitzung über diese Dinge gehört werden.

Bestätigtes Todesurteil

Leipzig, 30. Jan. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte heute durch Verwerfung der Revision das Urteil des Schwurgerichts Augsburg vom 7. November vorigen Jahres, durch das die 50 Jahre alte geschiedene Sägewerksbesitzersfrau Anna Monika Lutzenberger aus Schwabmünchen wegen Giftmordes an ihrem Stiefvater, dem Pferdehändler Zerrle, zum Tode und wegen weiterer fünf Verbrechen des versuchten Giftmordes an ihrer Stiefmutter und der Familie des Obersekretärs Schrott zu weiteren zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden war. Die Verteidigung versuchte vergeblich, das auf überzeugende Indizien aufgebaute Urteil damit zu erschüttern, daß sie die Beweiswürdigung angriff und behauptete, das Schwurgericht sei von Anfang an gegen die Angeklagte eingestellt gewesen und habe deshalb einige Zeugen zu Unrecht wegen Verdachtes der Begünstigung nicht vereidigt.

Mißglückter Erpressungsversuch in Bayreuth

Bayreuth, 30. Jan. Der zwanzigjährige Arbeiter Joseph Hermkes aus Mülheim a. d. Ruhr wurde wegen versuchter Erpressung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde: Hermkes hatte im August des vergangenen Jahres der Gattin Siegfried Wagners geschrieben, er sei ein unehelicher Sohn Siegfried Wagners, und sein Vater habe ihm in einem Brief vom 20. Mai 1927 die Rechte eines gesetzmäßigen Erben eingeräumt. Dieses Zugeständnis sei übrigens von zwei Rechtsanwälten mitunterschrieben. Frau Wagner müsse ihm 20 000 Mark überweisen, um den guten, ehrlichen Namen Siegfried Wagners zu schonen. Andernfalls würde er (Hermkes) rücksichtslos vorgehen, und die Welt würde allerhand erfahren. Frau Wagner übergab diesen Brief der Polizei.

Chikago in Zahlungsschwierigkeiten. Die Stadtverwaltung in Chikago kann wiederum die Gehälter der Beamten nicht zahlen.

Sachverständige über Tausends Versuche

München, 30. Jan. Die heutige Sitzung des Tausend-Prozesses begann mit der Vernehmung des Sachverständigenzeugen Hütteningenieur Dr. Sterner-Rainer aus Neckarsulm, der verschiedene Versuche Tausends geprüft hat. Der Zeuge hält nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft das Tausendsche Verfahren für unglaubhaft. Er hat auch Versuchen mit der Goldherstellung beigewohnt. Diese hatten nur ein geringes Ergebnis.

Als weiterer sachverständiger Zeuge wurde der Nahrungsmittelchemiker Prof. Schöller (Berlin) vernommen. Er hat im Auftrag der Wiener Schöller-Gruppe das Verfahren Tausend einer Prüfung unterzogen. Der Zeuge hält es für möglich, daß eine Verbesserung der Goldgewinnung aus Blei erzielt werden konnte, doch sei dieses

Verfahren für eine praktische Verwertung zu kostspielig.

Die Theorie Tausends sei ihm als völlig sinnlos erschienen, sie sei praktisches Laientum.

Der Kriminalkommissar Weiß aus München, der bei den Versuchen im Münzamt anwesend war, sagt aus, daß er trotz schärfster Ueberwachung bei den Versuchen keinerlei betrügerische Manipulationen habe entdecken können.

Hierauf wurde **der Direktor des Hauptmünzamtes München, Dr. Köll, als Zeuge vernommen. Dabei wurden**

die Protokolle über die beiden Versuche in der Münze

verlesen. Danach war der erste Versuch, der vom 25. bis 27. Juni 1929 mit Material, das Tausend zur Verfügung gestellt wurde, gemacht worden war, negativ. Der zweite Versuch fand vom 30. September bis 8. Oktober 1929 gleichfalls in der Münze statt. Dieser Versuch ergab schließlich ein Zehntel Gramm Gold und ein Vierzigstel Gramm Silber. Auffallend erschien dabei Dr. Köll, daß der von Tausend übergebene Materialkern dieselbe Legierung zeigte wie das Metall, aus dem die Goldfedern eines Füllfederhalters hergestellt würden. **Er hatte daher die Vermutung, daß trotz scharfer Ueberwachung durch irgendwelche Machenschaften Gold eingeschmuggelt worden sei.**

Auf Antrag des Staatsanwaltes beschloß alsdann das Gericht, daß der Goldfüllfederhalter, den Tausend in seinem Besitz hat, herbeigeschafft würde. Als das geschehen war, stellte sich heraus, daß es nicht der Füllfederhalter war, den Tausend bei dem ersten Versuch in der Münze bei sich trug. Hierzu erklärte Tausend, daß ihm zwischen dem ersten und zweiten Versuch in der Münze der Füllfederhalter abgenommen worden sei.

Das Gericht beschloß, noch den anderen Füllfederhalter Tausends herbeischaffen zu lassen und die Weiterverhandlung auf Sonnabend zu vertagen.

Montag den 2. Februar 1931 und folgende Tage
Inventur-Ausverkauf
Ganz enorme Preisherabsetzung in meinen Qualitätswaren
Bett-, Tisch-, Haus-, Küchen-, Leibwäsche
Auf reguläre Fertigwaren **10 % Kassen-Rabatt!**
Nettopreise: Daunendecken / Markenartikel 6
Wallstraße 6 Leinenhaus **R. Hecht**